

Blick nach rechts**AfD verhindert Demokratie**

Die Thüringer AfD will mit einem Eilantrag am Thüringer Verfassungsgerichtshof verhindern, dass bei den Kommunalwahlen im Freistaat Jugendliche ab 16 Jahren wählen dürfen. Anja Müller, Sprecherin für Bürgerbeteiligung der Linksfraktion im Thüringer Landtag, ist empört: »Mit ihren Normenkontrollen gegen die Absenkung des Wahlalters und des Abstimmungsalters für Bürgerbegehren und nun auch noch durch den Eilantrag zu den Oberbürgermeister- und Landratswahlen, entlarvt sich die AfD als Anti-Demokrat und Verhinderer von Mitbestimmung. Dem muss man entgegenreten!«

Rot-Rot-Grün hatte das Wahlalter für Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt und so mehr Mitbestimmung ermöglicht. Müller sagte: »Die frühe Einbeziehung von Jugendlichen ist wichtig zum Erhalt einer lebendigen Demokratie.«

Mit dem Verfahren am Verfassungsgerichtshof versuche die AfD, das Gericht für ihre ideologischen Zwecke zu missbrauchen. Das werde daran deutlich, dass sich die Verfahren auch gegen die erweiterte Einbeziehung Nichtdeutscher in Mitbestimmungsverfahren richteten. Sogar das Stimmrecht von EU-Bürgerinnen und -Bürgern auf kommunaler Ebene werde von der AfD engstirnig und nationalistisch bestritten, kritisierte Müller. »Nach Artikel 23 des Grundgesetzes sind EU-Mitbürgerinnen und -Bürger auf kommunaler Ebene mitbestimmungsberechtigt. Das darf nicht in Frage gestellt werden.«



Foto: © WIKIPEDIA

Burschenschaften in Thüringen

Zum mangelnden Geschichtsverständnis der CDU

CHRISTIAN SCHAFT

Eine kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Stefan Gruhner an die Landesregierung zu Studentenverbindungen in Thüringen, wurde im Februar zur Posse. Die Regierung verwies in ihrer Antwort an Gruhner, der Mitglied der »Burschenschaft Teutonia Jena« ist, darauf, dass für eine allgemeine Bewertung des Wirkens von Studentenverbindungen in Thüringen kein Anlass bestehe. Aber sie erwähnte die Verzahnung der »Burschenschaft Normannia zu Jena« in die extreme Rechte - Gruhner hatte ausdrücklich danach gefragt.

Nun aber wirft der CDU-Politiker der Regierung »fehlendes Geschichtsbewusstsein« vor. Er meint, die Stu-

dentenverbindungen würden das kulturelle Leben Thüringens bereichern. Mit dem Verweis auf das Verbot der Verbindungen im NS-Staat stellt der CDU-Abgeordnete auch auf die Mär ab, die Verbindungen hätten damals eine oppositionelle Rolle eingenommen. Nun waren es aber im Frühjahr 1933 die Jenaer Verbindungen die ihre Mitglieder dazu aufriefen, Mitglied in der SA zu werden. Und die »Burschenschaftlichen Blätter« schrieben im März 1933 zur Regierungsübernahme Adolf Hitlers: »Burschenschafter! Was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt und wofür wir im Geiste der Burschenschafter von 1817 jahrein an uns und in uns gearbeitet haben, ist Tatsache geworden.« Auch der Dachverband der

»Corps« forderte 1933 die Mitglieder auf, sich »ohne jeden Vorbehalt einzugliedern in die nationalsozialistische Bewegung«, obwohl erst zwei Jahre später beschlossen wurde, dass Erstsemester sich im »Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund« zu organisieren haben. Und den Annalen der Universität in Jena ist zu entnehmen, dass die »Landmannschaften« und »Burschenschaften« freiwillig ihren Fahnen vor der »nationalsozialistischen Bewegung« abgelegt hätten. Widerstand gegen den NS sieht anders aus. Bevor der Regierung also ein fehlendes Geschichtsbewusstsein bescheinigt wird, sollte sich der CDU-Abgeordnete Gruhner besser fragen, wie es um sein eigenes steht.

»Das Massaker von Mechterstädt«

1920 ermordeten Verbindungsstudenten in Mechterstädt 15 Arbeiter

Der Thüringer CDU-Landtagsabgeordnete und Burschenschafter **Stefan Gruhner** beklagte jüngst »fehlendes Geschichtsbewusstsein« der Landesregierung gegenüber der Geschichte der Studentenverbindungen. Wahrscheinlich stößt ihm auf, dass die Regierung die Geschichte differenziert betrachtet und sich nicht in geschichtsklitternder Lobhudelei ergeht, wie sie in Studentenverbindungen bis heute üblich ist (siehe den Beitrag von **Christian Schaft** in dieser Ausgabe).

PAUL WELLSOW

Dabei hatte das zuständige Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung in seiner Antwort auf Gruhners Anfrage nicht einmal Bezug genommen auf ein Ereignis, dass sich 1920 in Thüringen ereignet hatte – und das einen ganz speziellen Blick auf die Geschichte von Studentenverbindungen in Thüringen wirft. Am 25. März 1920 wurden bei Mechterstädt 15 Arbeiter von Verbindungsstudenten des »Marburger Studentenkorps« ermordet. Der Wissenschaftler **Bruno W. Reimann** schrieb: »In Mechterstädt sind im Kontext der Arbeiterunruhen nach dem Kapp-Putsch am 25. März

1920 fünfzehn Arbeiter auf einem Gefangenentransport von Sättelstedt nach Gotha auf brutalste Weise ermordet worden. Diese Geschehnisse weisen weit über den lokalen Rahmen hinaus. Sie legen eine grundlegende Problematik und Schwäche in der Konstruktion der Weimarer Republik frei. Die Weimarer Republik war das Ergebnis eines Soldatenaufstandes und einer Arbeiterrevolution. Sie wurde nicht von den traditionellen Eliten in Bürgertum, Universitäten, Militär, Politik, Justiz getragen. Diese befanden sich von Anbeginn in einer putschistischen Lauerstellung.« In den anschließenden Gerichtsverfahren blieben die Mörder straffrei. »Auf diese Weise wurde mit der militärischen Niederschlagung von Arbeiterunruhen nicht nur die politische Arbeiterschaft, sondern auch die Demokratie selbst, deren wichtigste Aufgabe die Integration von widerstreitenden Gruppen ist, geschwächt«, schrieb **Reimann** in seiner 2016 veröffentlichten Begleitbroschüre zur Ausstellung »Das Massaker von Mechterstädt« (Eckhaus Verlag, Weimar).

Der Gewerkschafter **Johann Seehofer** formulierte damals drastischer: »Wer die bestialisch zugeordneten Leichen gesehen hat, der

wird mir sicher zustimmen, dass Individuen, die solcher Taten fähig sind, nicht nur heute in sturmbegeisterter Zeit, sondern immer eine Gefahr für ihre Mitmenschen bilden.« Auch **Bodo Ramelow**, Thüringer Ministerpräsident, fand in seinem Geleitwort zur Broschüre **Reimanns** 2016 deutliche Worte. Die Morde seien »Zeichen der Gewalt, der Willkür und der Menschenverachtung«. Er forderte: »Diese Bluttat darf niemals vergessen werden.« Wenn **Stefan Gruhner** nun über die Geschichte der Verbindungsstudenten in Thüringen sprechen will, sollte er nicht nur an das Wartburgfest oder an gesellige Bierrunden denken, sondern auch an das »Massaker von Mechterstädt«. Am 20. März jähren sich die Morde wieder. An den Gedenksteinen bei Thal und Mechterstädt werden sicherlich auch in diesem Jahr zum Gedenken Blumen niedergelegt.

Bruno W. Reimann: Das Massaker von Mechterstädt 1920, Eckhaus Verlag, Weimar, 2016.

Dietrich Heither / Adelheid Schulze: Die Morde von Mechterstädt 1920. Zur Geschichte rechtsradikaler Gewalt in Deutschland, Taschenbuch, Metropol Verlag, Berlin, 2015.